

Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

Fünfundsiebzigste Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung

19.09.2024



Symbolbild Innenausschuss © Landtag MV

Zu Beginn der Sitzung stellte der Landesrechnungshof dem Ausschuss seinen Jahresbericht 2024 (Teil 1) – Landesfinanzbericht 2024 (<u>Drucksache 8/3889</u>) vor. Thema des Berichtes und der Nachfragen durch die Ausschussmitglieder war insbesondere der aktuelle Stand zum MV-PC.

Danach erfolgte die Auswertung der am 11. Juli 2024 durch den Ausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes auf <u>Drucksache 8/3855</u>.

Das Innenministerium berichtete anschließend auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den datenschutz- und dienstrechtlichen Konsequenzen der unbefugten Abfrage von Daten aus den polizeilichen Informationssystemen durch einen Polizeibeamten aus Greifswald, zu dem laufenden Evaluierungsprozess nach § 116 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern, zu dem Stand der Ermittlungen anlässlich des offenbar mit Säure erfolgten Angriffs auf einen Syrer in der Nacht zum 12. September 2024 in Stralsund und dem SEK-Einsatz zur Festnahme des mutmaßlichen Täters sowie über den Polizeieinsatz am 14. September 2024 in Wismar anlässlich des dort stattfindenden Christopher Street Days. Auf Antrag der Fraktion der



Telefon: 0385 525-2149

Telefax: 0385 525-2616

E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de

Website: www.landtag-mv.de

AfD erfolgten Berichte des Innenministeriums zu Überlegungen der Bundesregierung zu vorübergehenden grenznahen Inhaftierungen sowie zum Thema "Gefährliche Körperverletzung in der Spiegelsdorfer Wende in Schönwalde I, Greifswald, zum Nachteil eines 24-jährigen Deutschen am 11. September 2024".